

Ressort: Politik

Urteil: Reisepass darf bei Terrorismusverdacht entzogen werden

Köln, 10.12.2014, 16:16 Uhr

GDN - Bei einem durch konkrete Tatsachen belegten Terrorismusverdacht darf einem deutschen Staatsangehörigen sein Reisepass entzogen werden. Das urteilte das Verwaltungsgericht Köln am Mittwoch.

Der Reisepass könne einem Verdächtigen abgenommen werden, wenn es Hinweise auf eine Gefährdung der Interessen Deutschlands gebe. Die Gefährdungseinschätzung der zuständigen Behörde müsse nicht auf eindeutigen Beweisen beruhen, sondern nachvollziehbar und in einem Gerichtsverfahren überprüfbar sein. Geklagt hatte ein 28-Jähriger, dem die Stadt Bonn im Juni 2013 seinen deutschen Reisepass entzogen und den Geltungsbereich seines Personalausweises auf Deutschland beschränkt hatte. Der Mann wurde vom Verfassungsschutz verdächtigt, der islamistisch-dschihadistischen Szene anzugehören und eine Ausreise nach Syrien zu planen. Gegen das Urteil kann Berufung eingelegt werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-46132/urteil-reisepass-darf-bei-terrorismusverdacht-entzogen-werden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619